

Seit Willy Leygraf 1977 die Rubrik «Zur Sache» in der «Schwäbischen Heimat» eingeführt hat, spiegeln sich in diesen Texten Fragen, die im Schwäbischen Heimatbund brisant erschienen. Von 1983 bis 2011 hat Martin Blümcke als Redakteur den Inhalt der Zeitschrift und damit auch diese Rubrik geprägt. Schon deshalb erscheint es reizvoll, in der Vielfalt der Äußerungen nach Schwerpunkten und nach dem Wandel der inhaltlichen Akzente in diesen fast 30 Jahren zu suchen. In den 116 Beiträgen zeichnen sich deutlich drei Schwerpunkte ab: der Natur- und Umweltschutz, die Kulturpolitik und Landesgeschichte sowie der Denkmalschutz. Diese thematische Verteilung ist aufgrund der Vereinsziele nicht weiter verwunderlich, zählen diese Arbeitsfelder doch zum Kern des Engagements des Heimatbundes. Interessanter dagegen sind die inhaltlichen Schwerpunkte in den Zeiten der verschiedenen Landesregierungen.

1983 bis 1992 standen eindeutig die Fragen zu Umwelt und Naturschutz im Vordergrund. Das Waldsterben repräsentierte als Schlüsselthema eine Vielzahl in ihrer Wirkungsweise nicht vollständig erforschter Umweltfragen. Die Sorge um die Zukunft des Waldes als – mental wie materiell – prägender Bestandteil unserer Kulturlandschaft wurde ebenso wie die daraus resultierende Forderung nach Verminderung von belastenden Einträgen in Luft und Boden vielfältig dargestellt. Maßnahmen zur Minimierung von Schadstoffeinträgen, die Großfeueranlagenverordnung zur Entschwefelung der Rauchgase und der Wasserpfeffig zur Verminderung der landwirtschaftlichen Stickstoffeinträge lauteten die maßgeblichen Schlagworte. Dazu kam die Standortsuche für Sondermülldeponien. Insgesamt weniger kritisch und häufiger objektbezogen wurden die Stellungnahmen zur Kulturpolitik und zum Denkmalschutz vorgetragen. Dies erläutert sich unschwer aus der Konjunktur, die Kultur und Denkmalschutz in der Regierungszeit Lothar Späths genossen.

Die Problematisierung von Schadstoffeinträgen tauchte dann 1993 mit der Bewertung der legendären Orkanserie «Vivian» und «Wibke» von 1990 mit ihren gravierenden Folgen für den Wald wieder auf. (Übrigens gelang es in diesen Jahren bundesweit durch eine enorme Investitionsleistung, nahezu alle relevanten SO<sub>2</sub>-Emittenten, die Kraftwerke, zu entschwefeln. Als Nebeneffekt führte dies zur Stilllegung von Gipssteinbrüchen, da Gips bei der Entschwefelung von Kohle als Restprodukt anfällt. Auch die Einführung von Katalysatoren bei Kraftfahrzeugen wurde durchgesetzt.)

Eine deutliche Verschiebung im Tenor der Beiträge zeigte sich dann ab Anfang der 1990er-Jahre, fast gleichzeitig mit Beginn der Regierung Teufel. 40 von 48 Beiträgen in den Jahren 1993 bis 2004 beschäftigten sich vorwiegend kritisch mit Fragen der Kulturpolitik und dem Natur- und Denkmalschutz. Themen wie «Gebühren für Landesmuseen» oder «Bauland statt Naturschutz» oder «Abschaffung des Devolutiveffektes», der die Tätigkeit der Naturschutzbeauftrag-

ten und Denkmalschutzämter abgesichert hatte, kennzeichnen die Zeit. «Naturschutz mit dem Rücken zur Wand», «Kürzung der Landesmittel gefährdet Freilichtmuseen», «Abschaffung der Steuererleichterung gefährdet Denkmalschutz», «Deregulation im Denkmalschutz: Entscheidung gegen die Geschichte» waren nun die Warnsignale an die Öffentlichkeit. Dies setzte sich fort in «Landschaftsverbrauch: Staat und Kommune unfähig zur Umkehr?» oder «50 Jahre Baden-Württemberg, Landesgeschichte wird abgebaut an den Hochschulen». Gegen Ende der Regierung Teufel wurden der Natur- und Denkmalschutz, aber auch andere Teile der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstrukturreformgesetz (schon das Wort ist ein Unge-tüm!) als selbstständig ihren Sachbereich vertretende Landesbehörden abgeschafft und Teil der unteren und oberen Allgemeinen Verwaltungsbehörden. Auch dies fand seinen kritischen Niederschlag in mehreren Beiträgen.

Ab 2005 blieben Naturschutz, Denkmalpflege und Kulturpolitik Schwerpunkte. Die Beiträge bezogen sich jedoch zusehends auf Einzelfälle und griffen auch positive Aspekte auf, so etwa die dezidierte Aussage zur gezielten Reduzierung des Flächenverbrauches in der Regierungserklärung Oettinger 2006. Das Thema stellte sich immer wieder in neuen Zusammenhängen dar, wie ein Beitrag gegen eine zweite Startbahn auf den Fildern oder zur Bedeutung von Streuobstwiesen contra Baulandreserve erweist. Auch die Sparmaßnahmen zu Lasten der Geisteswissenschaften an den Universitäten wurden kritisch aufgegriffen.

In den Jahren vor und nach 2009, dem Jubiläumsjahr des Schwäbischen Heimatbundes, spielten naturgemäß Themen des Vereins eine Rolle. Doch schon 2010 wurden die Spannungen zwischen der zunehmenden Erzeugung regenerativer Energien und den Interessen von Denkmalschutz und der Erhaltung der Kulturlandschaft thematisiert. Diese Spannungen nehmen gegenwärtig zu. Eine intakte Kulturlandschaft zu besitzen, ist bisher einer der Vorzüge Baden-Württembergs. Man wird darauf achten müssen, wie die jetzige Landesregierung das Spannungsfeld zwischen ihrer Bewahrung und den Rahmenbedingungen zur Erzeugung regenerativer Energien im Blick auf die Pflege unserer gesamten Landschaft und ihrer Wertigkeit bewältigt. Hunderte von Windkraftanlagen mit den nötigen Stromtrassen und Zufahrtswegen werden nicht ohne Auswirkungen auf den Natur- und Denkmalschutz bleiben. Gleiches gilt für die großflächige Erzeugung von Bioenergie über Mais und andere Bioenergiepflanzen. Um dies gut, das heißt für die Landschaft möglichst schadensarm, zu bewältigen, ist eine umsichtige Planung unumgänglich.

Der Schwäbische Heimatbund wird sich auch weiterhin zu diesen und anderen Themen kritisch und konstruktiv «Zur Sache» äußern, ganz im Sinne der Regierungserklärung von Winfried Kretschmann, die eine bürgerliche Einmischung als Bereicherung sieht.